

## 1. Einleitung

Das primäre Anliegen dieser Arbeit ist die Neudefinition des Gemeinschaftskonzepts basierend auf der Rezeption des kommunitaristischen Ansatzes von Sheyla Benhabib und TheoretikerInnen des intersektionalen Feminismus. Zu den weiteren Zielen dieser Arbeit zählt die Beantwortung der Fragestellung:

*Inwieweit kann das Gemeinschaftskonzept dekonstruiert und neu definiert werden, damit die Neulesung dieses Begriffs im Sinne der effektiven Ermöglichung der politischen Partizipation von diskriminierten Gruppen interpretiert werden könnte?*

Die Aktualität und Forschungsrelevanz der Fragestellung lässt sich folgendermaßen begründen: Die Bedingungen der Gegenwart stellen die neuen Herausforderungen für die Gemeinschaften der Gegenöffentlichkeitssphäre. Wie in den Kapiteln 7 und 8 argumentiert wird, unterscheidet sich die Mehrheit der gegenwärtigen politischen Proteste von den Protestbewegungen, die noch vor 30 Jahren stattfanden. Zu den besonderen Eigenschaften des modernen politischen Widerstandes zählen seine zumeist digital koordinierte Organisation, überwiegend friedlicher Charakter der Protestaktionen und die Abwesenheit fester Hierarchien. Die gegenwärtige politische Diskussion wird nicht mehr vollständig von den staatlichen Instituten bestimmt. Vielmehr befindet sich der Staat, der damals vollständig die öffentliche Diskussion kontrollierte (z. B. durch die staatlichen Medien), in einer Konkurrenzsituation, denn die digitalen Medien bieten gegenwärtig eine unabhängige Diskussionsplattform an. Dadurch entsteht eine Möglichkeit für die Gruppen, die in der öffentlichen Diskussion unterrepräsentiert sind, ihre Stellungnahme an möglichst viele RezipientInnen vermitteln. In der soziologischen Literatur wird die Sphäre der alternativen Diskurse als jene der Gegenöffentlichkeit bezeichnet.

Des Weiteren werde ich die verschiedenen Öffentlichkeitsmodelle in Bezug auf die für diese Dissertation relevanten Problempunkte skizzieren. Darauf aufbauend werden die Ziele, die ich mit der Entwicklung des eigenen Öffentlichkeitsmodells anvisiere, beleuchtet. Das Problem der Ausgrenzung der Gegenöffentlichkeit von hegemonialer öffentlicher Diskussion ist hierbei von großer Bedeutung. Im Buch *Strukturwandel der Öffentlichkeit* thematisiert Habermas die bürgerliche öffentliche Sphäre in einem historischen Kontext. Er wurde jedoch aufgrund seiner skeptischen Einstellung gegenüber der Idee von Pluralität der Öffentlichkeiten kritisiert (Fraser, 1990), denn die öffentliche Sphäre gehört nach seiner Auffassung dem Bereich der Privatleute (Eigentümer). Daraus folgend wurden die Bürger, die kein Eigentum besaßen, aus der öffentlichen Sphäre prinzipiell exkludiert. Das weitere wesentliche Thema in der theoretischen Diskussion ist die Trennung zwischen den öffentlichen und privaten Sphären. Während Habermas und liberale TheoretikerInnen wie Rawls für eine starre Trennung plädieren, wird diese Ansichtweise von den feministischen und linken TheoretikerInnen tendenziell kritisiert (Fraser, 1990; Negt & Kluge, 2016). Zu den KritikerInnen der Habermas'schen Vorstellung von bürgerlicher Öffentlichkeit gehören Kluge und Negt, die betonen, dass Habermas die historische Entwicklung der klassischen öffentlichen Sphäre analysiert

hat, ohne jedoch jene Grundannahmen zu kritisieren (Negt & Kluge, 2016). Die unterprivilegierten Gruppen und Individuen hatten aufgrund der Trennung von privatem und öffentlichem Bereich in der bürgerlichen Öffentlichkeit keine Möglichkeit der eigenständigen Meinungsäußerung. Ethnische Minderheiten, Frauen und die sozial Schwache sind diejenigen Gruppen, denen Autonomie und Selbstbestimmung verweigert wurden. Dies führte dazu, dass es für diese Gruppen kaum möglich war, ihre Wünsche in der öffentlichen Debatte direkt zu kommunizieren und ihre Positionen zu vertreten. Aus diesem Grund bezeichnen Kluge und Negt die Gegenöffentlichkeit als Ausdrucksform der unterdrückten sozialen Klassen (Negt/Kluge, 2016).

Demirovic versteht das Öffentliche und das Private als zwei essenzialistisch bestimmbare, getrennte Bereiche der modernen Gesellschaft (Demirovic, 2004). Während Ersteres traditionell von Männern dominiert wird, übernehmen Frauen die Verantwortung für die privaten Angelegenheiten. Daraus resultierend wurden Probleme wie häusliche Gewalt früher der Privatsphäre zugeordnet und waren aus der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen. Die feministischen TheoretikerInnen bezeichnen hingegen die Überwindung *der Trennung von öffentlichem und privatem* Bereich als wesentliche Grundbedingung für die Emanzipation der Frauen (Demirovic, 2004). Darüber hinaus befassen sich die TheoretikerInnen der Gegenöffentlichkeit mit dem Problem der Entstehung oppositioneller Öffentlichkeiten und deren Inklusion in die öffentliche Debatte. Affolderbach und Spehr vertreten die Meinung, dass die Gegenöffentlichkeit in einem dialektischen Verhältnis mit der herrschenden Öffentlichkeit steht (Affolderbach, 2019, S.122). Laut Affolderbach sollte die Gegenöffentlichkeit nicht als unabhängige Instanz betrachtet werden (Affolderbach, 2019, S.122). Jene Grundfunktion ist dieser Auffassung nach kein Widerstand, sondern eine Kooperation mit der herrschenden Öffentlichkeit. Spehr zufolge ist „Gegenöffentlichkeit dann auch weniger an ihrem möglichst kompletten Anderssein gegenüber der herrschenden Öffentlichkeit zu messen (was unmöglich ist), sondern an ihrer Verankerung in (und Rückwirkung auf) einer Alltagspraxis von [G] und Widerständigkeit, einer kollektiv zu entwickelnden Praxis ‚to talk back‘, die sowohl Regeln von Öffentlichkeit als auch soziale Regeln kontrolliert überschreitet“ (Spehr, 2001, S.10). Ein wesentliches Merkmal der demokratischen Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang nicht die formale Existenz von Gegenöffentlichkeit, sondern die Toleranz gegenüber Infragestellung der hegemonialen Normen. Fraser, Negt und Kluge bezeichnen die Gegenöffentlichkeit als eine alternative Diskussionsplattform der unterprivilegierten sozialen Gruppen. Fraser argumentiert, dass die subalternen Gruppen aufgrund der Exklusion marginalisierter Gemeinschaften aus der öffentlichen Diskussion entstehen (Fraser, 1990). Der grundlegende Gedanke hierfür liegt darin, dass jene Gruppen von der hegemonialen staatlich kontrollierten Öffentlichkeit vollständig unabhängig sind, indem sie ihre eigene Diskussionsplattform bilden. Daraus lässt sich schließen, dass innerhalb der Gegenöffentlichkeitsphäre eine oppositionelle diskursive ‚Arena‘ entsteht. Dies ermöglicht den Mitgliedern der diskriminierten Gruppen, ihre spezifischen Wünsche und Bedürfnisse direkt zu kommunizieren. Negt und Kluge betonen, dass die Gegenöffentlichkeit alle bisher aus der bürgerlichen öffentlichen Sphäre

re ausgeschlossenen menschlichen Erfahrungen inkludiert. Die proletarische öffentliche Sphäre kann im Gegensatz zur bürgerlichen Öffentlichkeit nicht auf eine einzige generalisierte Vorstellung des Diskussionsteilnehmers reduziert werden (Negt & Kluge, 2016, S.12–13). Aufgrund der Tatsache, dass die Perspektive des gebildeten männlichen Subjektes innerhalb der bürgerlichen Öffentlichkeit als universalisiert betrachtet wurde, sehen sie das Inklusionspotenzial der öffentlichen Sphäre in der Fokussierung auf die persönlichen Erfahrungen unterdrückter Individuen.

Meine Anmerkung an die bisher skizzierten Ansätze liegt darin, dass die Prozesse der Gemeinschaftsbildung in der Gegenöffentlichkeitssphäre kaum untersucht wurden. Die Entstehung der subalternen Gruppen wird meist dadurch erklärt, dass deren Mitglieder aus der hegemonialen Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Diese Ansichtweise lässt jedoch die anderen möglichen Motivationen (wie Empathie oder persönlichen Erfahrungen) für die gesellschaftliche Teilhabe der Mitglieder subalternen Gruppen außer Acht. Wie es manche AutorInnen darlegen, spielt die Selbstidentifizierung mit den Zielen der diskriminierten Gruppen eine entscheidende Rolle bei der Teilnahme an den Protestbewegungen (Maher et al. 2020). Laut Nelson und Liss können die gewissen Lebenserfahrungen ein Grund dafür sein, dass Frauen zu den feministischen Überzeugungen und Selbstidentifikation als FrauenrechtsaktivistInnen tendieren werden (Nelson & Liss, 2008). Eine weitere Frage bezieht sich auf die typischen Probleme und Hindernisse, die subalterne Gruppen konfrontieren müssen. Der erste Problempunkt ist hierbei die Knappheit der ökonomischen und politischen Ressourcen. Wie schon oben angemerkt, wurde Habermas für seine Auffassung der bürgerlichen Öffentlichkeit kritisiert, denn er postuliert, dass Freiheit tendenziell mit dem Besitz des Eigentums korreliert. Kluge and Negt bemängeln das Habermas'sche Modell der Öffentlichkeit, da dieses auf der systematischen Exklusion der nichtbürgerlichen Individuen und Gruppen basiert (Negt & Kluge, 2016). Zudem werden diese Exklusionsmechanismen von Habermas als unproblematisch wahrgenommen. Auch Fraser betont die wesentliche Rolle der Machthierarchien und den Mangel an ökonomischen Ressourcen bei der Exklusion der subalternen Gruppen aus der öffentlichen Sphäre (Fraser, 1990).

Daraus lässt sich ein weiteres Problem herleiten, das sich auf das Einflusspotenzial von subalternen Gruppen bezieht, da diese aufgrund ihrer unterprivilegierten Position potenziell weniger Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben. Manche TheoretikerInnen (Habermas, 1983/2018; Peters, 2007) vertreten die Position, dass die Funktion der öffentlichen Sphäre darin liegt, die öffentliche Meinung den offiziellen Vertretern der Machtstrukturen mitzuteilen. Solche normative Interpretation der Öffentlichkeit impliziert, dass diese vor allem die Vermittlungsfunktion erfüllt, indem sie z. B. als Kommunizieren von „Sinngelalten zwischen Individuum und Gesellschaft“ bezeichnet werden kann (Liesegang, 2004, S.15). Entscheidend ist hierfür, dass keine direkte Meinungsäußerung der subalternen Gruppen vorgesehen ist, was konsequenterweise ihre proaktive Rolle in der öffentlichen Diskussion ausschließt. Wie oben ausgeführt, bezeichnen manche TheoretikerInnen die Gegenöffentlichkeit als eine Teilstruktur der einheitlichen öffentlichen Sphäre. Demgemäß sehen sie die Aufgabe der subalternen

Gruppen in der Entwicklung der Gegenhegemonie innerhalb der öffentlichen Sphäre, wobei diese als Zusammensetzung mehrerer Öffentlichkeiten definiert wird. Laut Haug bringen „subalterne Gegenöffentlichkeiten kulturell-politische Möglichkeiten hervor, die als ‚Gegenmacht-Stützpunkte Formen von Gegenhegemonien entwickeln‘ (Haug, 2004, S.2). Zudem betont er, dass Ziel der Gegenöffentlichkeit eine Entwicklung der Gegenhegemonie sei:

„Bei stabiler Herrschaft können die Intellektuellen der sozialen Bewegungen deren ‚ideologischen Zement‘ zermürben (‚desartikulieren‘) mit dem (Fern-)Ziel einer Dyshegemonie der Herrschenden. Im Rahmen von Gegenmacht-Stützpunkten und Gegenöffentlichkeiten müssen sie bestrebt sein, eine Gegenhegemonie (sei sie auch von begrenzter Reichweite) zu entwickeln“ (Haug, 2004, S.2).

Auch laut Spehr sind die subalternen Gruppen ein Teilbereich der öffentlichen Sphäre. Diese ist eine Zusammensetzung multipler Öffentlichkeiten, die unterschiedliche Wünsche und Selbstauffassungen ihrer Mitglieder repräsentieren:

„Insofern geht es trotz aller Pluralität multipler Öffentlichkeiten und Gegenöffentlichkeiten immer auch um die *eine* Gegenöffentlichkeit, die in ihrer Zusammensetzung, Praxis und Kombination (aus bejahten und „frustrierten“ Wünschen, Selbstentwürfen und Handlungsoptionen) die Kooperation einer befreiten Gesellschaft vorwegnimmt“ (Spehr, 2001, S.9).

Hierbei erscheint mir als problematisch, dass die subalternen Gruppen als Teilinstanzen innerhalb der einzigen öffentlichen Sphäre definiert werden. Die Einschränkung dieser Position sehe ich darin, dass die Möglichkeit der Beeinflussung öffentlicher Meinung in diesem Fall nur dann vorgesehen ist, wenn die subalternen Gruppen in die hegemoniale Öffentlichkeit vollständig inkludiert werden. Diese Bedingung könnte nur in einer perfekt gleichberechtigten Gesellschaft erfüllt werden, wobei die Perspektiven aller subalternen Gruppen als gleichwertig anerkannt werden. Eine andere Position vertritt Fraser, die eine Herausbildung von *starken Öffentlichkeiten* als notwendig für Demokratisierungsprozesse bezeichnet. Hierbei ist wesentlich, dass die subalternen Gruppen von der Meinungsbildung abgesehen auch beschlussfähig sind. Weiterhin plädiert sie für die Transformation der subalternen Öffentlichkeiten in Formen selbstverwalteter Einrichtungen, an denen sich die Formen direkter Demokratie entwickeln könnten. Fraser sieht die Lösung des Problems der gesellschaftlichen Teilhabe von subalternen Gruppen in der Verstärkung ihrer Selbstverwaltung (Fraser, 1990). Daraus folgt, dass ihre Vorstellung von starken Öffentlichkeiten als Instanzen der direkten Demokratie die Erfüllung gewisser Bedingungen, wie Verfügung über Ressourcen, Möglichkeit der Selbstorganisation usw., impliziert. Diese Auffassung von subalternen Gruppen inkludiert jedoch keine modernen Formen des politischen Widerstandes, wie Online-Aktivismus, die weder eine klare Organisationsstruktur aufweisen noch genau verortet werden können. Wie ich später in den Kapiteln 7 und 8 argumentieren werde, entspre-

chen die modernen oppositionellen politischen Bewegungen nicht unbedingt einer restriktiven Definition von politischer Gemeinschaft, da ihre Strategien der Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den staatlichen Instituten oftmals indirekt erfolgen. Zudem lassen sich die modernen sozialen Bewegungen aufgrund der digital koordinierten Organisation und ihres transnationalen Charakters nicht unbedingt klar verorten und weisen keine festen Hierarchien auf. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Mehrheit der bisher entwickelten Öffentlichkeitsmodelle einige theoretische Lücken aufweist. Zum einen besteht das Problem darin, dass die Prozesse der Gemeinschaftsbildung innerhalb der Sphäre der Gegenöffentlichkeit kaum untersucht werden. Hinzu kommt, dass die Möglichkeit der direkten Beeinflussung des hegemonialen Diskurses von subalternen Gruppen entweder gar nicht vorgesehen oder sehr restriktiv interpretiert wird. Darunter verstehe ich die Präferenz gegenüber den besser organisierten subalternen Gruppen, die über mehr Ressourcen verfügen (*starke Öffentlichkeiten* nach Fraser). Der grundlegende Gedanke hierfür liegt darin, dass ich den Bedarf an der Thematisierung der modernen Bedingungen und Formen des politischen Widerstands sehe.

Wesentlich für die Untersuchung der gegenwärtigen politischen Szene ist die Unterscheidung zwischen den gut organisierten, ‚sichtbaren‘ politischen Bewegungen und marginalisierten Gruppen, die ihre Botschaften durch ‚versteckte Transkripte‘ (*hidden transcripts*) kommunizieren (Stierl, 2020, S.31), wobei die Letzteren in den modernen politischen Prozessen eine entscheidende Rolle spielen. Die Ausgrenzung der besser und schlechter organisierten Bewegungen ist ein Gegenstand der heutigen Theoriedebatte. Grund dafür ist, dass die Widerstandsbewegungen der 2010er Jahre mehrere Eigenschaften aufweisen, die für die bisherigen Protestbewegungen untypisch waren. Eine häufige Frage in dieser Hinsicht ist, ob die weniger organisierten Widerstandsbewegungen gegenwärtig mehr Einfluss als die organisierten Strukturen (wie Menschenrechtsorganisationen) haben. Auch die begriffliche Bezeichnung der neuen politischen Bewegungen ist eine umstrittene Frage. Die Begriffe *Social Movement Organizations* (Snow, 2011) oder *Interest Organizations* (Burstein, 2007) implizieren eine formelle Organisationsstruktur der Bewegung und sind im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zu restriktiv formuliert. In dieser Dissertation werde ich Frasers Begriff der subalternen Öffentlichkeiten (*Subaltern Counterpublics*) übernehmen und mich an die von ihr formulierten Kriterien der Legitimität und Wirksamkeit bei der Neuformulierung des oppositionellen Gemeinschaftskonzeptes orientieren. Für die weniger restriktive Formulierung des oppositionellen Gemeinschaftsbegriffs spricht die zunehmende Tendenz, dass die modernen subalternen Gruppen eher auf persönlichen Netzwerken und individualisiertem Engagement basieren, anstatt von aktivistischen Organisationen koordiniert zu werden (Pleyers, 2010, S.10). Laut Bertuzzi haben diese Eigenschaften des modernen politischen Aktivismus nicht nur auf das persönliche Empowerment einzelner AktivistInnen positive Auswirkung, sondern ebenso auf das Erfolgspotenzial der

politischen Bewegungen (Bertuzzi, 2020).<sup>1</sup> Auch laut Melucci ist die Entwicklung von *alternativen Kodierungen* (alternative codes),<sup>2</sup> wie dem individuellen Engagement, Selbstreflexion und persönlicher Verkörperung politischer Themen, gegenwärtig von großer Bedeutung, während die Rolle der organisierten Strukturen in einer heutigen politischen Szene immer weniger vorrangig wird (Melucci, 1996).

Zunächst werde ich erklären, warum ich in den Theorievergleich der zwei Ansätze in dieser Dissertation für sinnvoll halte. Es gibt unterschiedliche Verständnisse dessen, was ein Theorievergleich beinhaltet. Anicker unterscheidet den empirischen und hermeneutischen Theorievergleich:

„[A]ls Alternative zu Ansätzen, die Vergleiche über den Empiriebezug organisieren, werden verschiedene Varianten des interpretativen Theorienvergleichs gehandelt, die den fachlichen Pluralismus nicht über empirische Auslese, sondern über abstraktere, sinnhafte Integration des Heterogenen ordnen wollen“ (Anicker, 2017, S.75).

Letzteres bezeichnet er als hermeneutischen Theorievergleich, der in der vorliegenden Dissertation durchgeführt wird. Die beiden Ansätze werden in Bezug auf die oben erwähnte Fragestellung verglichen und abschließend wird eine theoretische Synthese formuliert. Da die zwei Theorien einen unterschiedlichen Gegenstand der Analyse haben, können sie komplementär einen Beitrag zur Beantwortung der Fragestellung dieses Dissertationsprojektes leisten. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass das Ziel des Theorievergleichs weniger in der Gegenüberstellung beider Ansätze liegt, sondern eher in der Untersuchung ihres potenziellen Beitrags zu Beantwortung der Fragestellung der Dissertation. Zugespitzt formuliert, bezieht sich das komplementäre Ziel des Theorievergleichs auf die gegenseitige Bereicherung der beiden Ansätze.

Benhabib thematisiert die Prozesse der Beeinflussung von Rechtsnormen und hegemonialen Diskursen durch Kommunikationsgemeinschaften (dazu gehören sowohl die weniger organisierten subalternen Gruppen als auch die transnationalen Organisationen). Hierbei ist entscheidend, dass in ihrem Öffentlichkeitsmodell die unterschiedlichen Arten von Kommunikationsgemeinschaften inkludiert werden, wobei sie eine proaktive Position der subalternen Gruppen in der öffentlichen Diskussion befürwortet. In diesem Zusammenhang erscheint mir das Konzept von demokratischen Iterationen besonders vielversprechend. Darunter versteht Benhabib eine flexible Interpretation von Rechtsnormen durch Rechtssubjekte (die situativ als AutorInnen des Gesetzes

---

<sup>1</sup> In diesem Abschnitt beziehe ich mich auf die Collective Identity(CI)-Ansätze. Im Gegensatz zu Theorien wie Structural Strains (SS), Political Opportunity Structures (POS) und Resource Mobilization (RM), die den Einfluss der politischen Organisationen bei den Prozessen der sozialen Mobilisierung als entscheidend betrachten, betonen die Vertreter der New Social Movements (NSM) und der CI-Ansätze die Relevanz individueller Handlungsfähigkeit, Emotionen und *Framing* sowie der Rolle von Lifestyle-Politik für das Mobilisierungspotenzial von gegenwärtigen politischen Bewegungen (Hellmann, 1998).

<sup>2</sup> In seinem Buch *Challenging Codes* bezeichnet Melucci die modernen sozialen Bewegungen als Solidaritätsnetzwerke, die die neuen kulturellen Bedeutungen (cultural meanings) formulieren. Diese Eigenschaft unterscheidet sie von den politischen Akteuren und den institutionellen Organisationen. Die zeitgenössischen Bewegungen streben vor allem danach, durch die Veränderung von Kodierungen und Sprache die Realität neu zu definieren, während sie diese einerseits symbolisch rekonstituieren und andererseits wiederfinden. Dieser Prozess wird als Nominierungsakt (act of nomination) bezeichnet und ist der entscheidende Aspekt des heutigen Soziallebens. Die Mitglieder der sozialen Bewegungen setzen sich gegen die üblichen Vorstellungen von Kultur und Politik ein, indem sie die alternativen kommunikativen Kodierungen und symbolischen Ordnungen hervorbringen (Melucci, 1996, S.357–359).

agieren können). Weiterhin ermöglicht der prozessuale Charakter von demokratischen Iterationen die konstante Infragestellung der hegemonialen Normen und Ideologien. Benhabib war nicht die einzige Theoretikerin, die sich die Beeinflussung der politischen Diskussion von oppositionellen Gruppen als kontinuierlichen Prozess vorstellte. TheoretikerInnen der sozialen Bewegungen wie Tarrow (1994), della Porta und Diani (2020), verwenden den Begriff *Protestzyklus* (*protest cycle*), der die Mobilisierung als einen kontinuierlichen Prozess von Innovation und Anpassung der Mitglieder von politischen Bewegungen erfasst. Der weitere Vorteil von Benhabibs Diskurstheorie besteht darin, dass ihre moralphilosophische Begründung der Partizipationsrechte zugleich als Grundlage der universellen Inklusion aller Individuen und Gemeinschaften in die öffentliche Diskussion gilt. Die universelle Formulierung von Regeln der öffentlichen Diskussion ihres diskurstheoretischen Modells sollte das universelle Recht der subalternen Gruppen auf politische Zugehörigkeit garantieren. Weiterhin gehört Benhabib zu den TheoretikerInnen, die sich mit der Herausarbeitung des partizipatorisches Gemeinschaftskonzepts befassen. Sie bemängelt die konservative Auffassung der politischen Gemeinschaft der kommunitaristischen Theorie (Benhabib, 2015, S.81) und vertritt die Idee der möglichst flexiblen Interpretation des Gemeinschaftsbegriffs. Problematisch erscheint, dass laut Benhabib kein Bedarf an der theoretischen Analyse der Diskriminierungsprozesse besteht, da die Bedingungen des diskursethischen Diskussionsmodells ein prozessuales Hinterfragen der Ausgrenzungsmechanismen erlauben. Meine Argumente gegen die ausschließlich prozedurale Erfassung der Antidiskriminierungsmaßnahmen werde ich am Ende des Kapitels 6 vorstellen. In diesem Kapitel stelle ich die These auf, dass die Analyse der Diskriminierungsprozesse für die Thematisierung der politischen Partizipation der subalternen Gruppen erforderlich ist.

Die Juristin Kimberlé Williams Crenshaw prägte den Begriff der Intersektionalität als Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen. Breite Anerkennung fanden ihre Ideen ab Ende der 1980er Jahre. Die Grundannahmen der Intersektionalitätstheorie werden neben der Rechtswissenschaft in vielen weiteren Fachbereichen rezipiert. Gegenwärtig gibt es mehrere theoretische Richtungen innerhalb der Intersektionalitätstheorie, die Diskriminierungskategorien unterschiedlich konzipieren. Aus diesem Grund erfolgt in Kapitel 5 die Begründung der Wahl zugunsten der Mehrebenenanalyse in der vorliegenden Dissertation. Degele und Winker, die ihre Methodologie basierend auf den qualitativen Interviews mit arbeitslosen Frauen formulierten, richten den Fokus ihrer wissenschaftlichen Arbeit darauf, wie die Verwobenheit zwischen den Kategorien auf drei Ebenen der soziologischen Analyse theorisiert wird. Zudem wird in Kapitel 5 argumentiert, dass die Analyse der Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen methodologisch vorteilhaft ist. Der Erkenntnisgewinn der intersektionalen Mehrebenenanalyse besteht in der Analyse der Herrschaftsverhältnisse als Wechselwirkungen zwischen den sozialen Strukturen, symbolischen Repräsentationen und Identitätskonstruktionen. Letztere werden von der unendlichen Anzahl der Kategorien repräsentiert (die in jedem Einzelfall induktiv ermittelt werden). Die sozialen Strukturen beziehen sich auf die strukturellen Herrschaftsverhältnisse (repräsentiert durch vier Strukturka-

tegorien: Klasse, Geschlecht, Rasse, Körper). Unter symbolischen Repräsentationen werden die hegemonialen Normen und Ideologien verstanden. Als VertreterInnen der Praxistheorie betonen Degele und Winker, dass unser alltägliches Handeln basierend auf die bestimmte Vorstellung hinsichtlich des Zusammenhangs von Klassen-, Geschlechter-, Rassen- und Körperverhältnissen unbewusst gestaltet wird. Diese bestimmt, „[u]m welche Probleme, Themen und Fragen“ das „alltägliche Tun“ organisiert wird“ (Degele& Winker, 2009, S.64). Auch das alltägliche Handeln von Mitgliedern der subalternen Gruppen wird im Hinblick auf die Herrschafts- und Machtverhältnisse gesteuert. Das Gleiche gilt für die mögliche Entscheidung, politisch aktiv zu werden. Zudem werden subalterne Gemeinschaften von Individuen mit bestimmten Erfahrungen konstituiert. Vielmehr, wie es Negt und Kluge sagen, haben die individuellen Erfahrungen der potenziellen Protestakteure eine wesentliche Bedeutung bei der Herausbildung der Gegenöffentlichkeit (Negt&Kluge, 2016, S.12–15). Darüber hinaus betont Fraser, dass die Beziehungen innerhalb der subalternen Gruppen von den Machtverhältnissen stark beeinflusst werden (Fraser, 1990). Dies spricht dafür, dass die Wechselwirkungen zwischen Identitätskonstruktionen und sozialen Strukturen (Herrschaftsverhältnissen) die Prozesse der Gemeinschaftsbildung beeinflussen. Die genauere Begründung des Drei-Ebenen-Modells erfolgt am Anfang des nächsten Kapitels.



## 2. Methodologie des Theorievergleichs

In diesem Kapitel werde ich die methodologische Vorgehensweise des Theorievergleichs vorstellen. Der Vergleich ist in Form eines Dreischritts aufgebaut. Zuerst erfolgt jener nach der von Junge vorgeschlagenen Methodologie, wobei jede Vergleichsdimension einer bestimmten Ebene der soziologischen Theorie zugeordnet wird. Danach wird eine Unterscheidung zwischen Makro-, Mikro- und Mesoebenen der soziologischen Theorie vorgenommen. Abschließend wird in Anlehnung an Degeles und Winkers Mehrebenenansatz ein Drei-Ebenen-Modell der Gegenöffentlichkeitssphäre entwickelt. Diese Vorgehensweise basiert auf der Annahme, dass jedes soziale Phänomen auf drei Analyseebenen interpretiert werden kann (soziale Strukturen, symbolische Repräsentationen und Identitätskonstruktionen). Besonders relevant im Sinne der Fragestellung ist, dass die modernen subalternen Gegenöffentlichkeiten identitätsbasierte Gruppen sind. Wie oben erwähnt, sind manche SoziologInnen (Pleyers, 2010; Bennett, Segerberg, 2012; Bertuzzi, 2020) der Ansicht, dass eine Tendenz zur Individualisierung der modernen Widerstandsbewegungen besteht, wobei die Rolle der formellen Institutionen, offiziellen Organisationen und zwischengeschalteten Stellen in der Aktivistenszene immer unbedeutender wird. Zusätzlich steigt die Relevanz des individuellen politischen Handelns und der Lifestyle-Politik (Bertuzzi, 2020). Das spricht für die wesentliche Bedeutung der Analyse der Identitätskonstruktionen der sozialen AkteurInnen sowohl bei der empirischen Untersuchung der modernen Gegenöffentlichkeiten als auch bei der Formulierung des inklusiven Öffentlichkeitsmodells.

Zudem sehe ich die Darstellung des Gegenöffentlichkeitsmodells auf drei Ebenen als vorteilhaft an, denn diese erlaubt, die Prozesse der Beeinflussung der hegemonialen Diskurse und Ideologien von subalternen Gruppen zu thematisieren. Darüber hinaus ermöglicht die Analyse der Herrschaftsverhältnisse auf der Strukturebene, die Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen zu erfassen. Basierend auf Degeles und Winkers intersektionalem Ansatz werde ich das Konzept der subalternen Gruppen und deren Einfluss auf die öffentliche Diskussion relational interpretieren. Das relationale Vorgehen wird folgendermaßen definiert:

„Das bedeutet, dass sich keine soziale Tatsache aus ihrem singulären Sosein erklären lässt, jedes Element wird vielmehr durch die Beziehungen zu anderen Elementen charakterisiert. Erst durch Relationieren, d.h. durch die Spezifizierung der Kontexte, innerhalb derer ein Phänomen zu beobachten ist, lässt sich seine Funktion und Bedeutung erschließen. Dieses praxeologische Herangehen lässt sich sehr gut mit der intersektionalen Perspektive verbinden. Denn die drei vorher erläuterten Analyseebenen sind nicht nur durch den kontextuellen Rahmen der kapitalistischen Akkumulation mit einander verbunden, sondern auch durch soziale Praxen von Akteur\_innen. Über soziale Praxen, d.h. soziales Handeln und Sprechen, entwerfen sich Subjekte in sozialen Kontexten, konstruieren Identitäten, verarbeiten den Einfluss bestimmter symbolischer Repräsentationen, stützen soziale Strukturen oder stellen sie in Frage“ (Degele & Winker, 2009, S.64).

Hieran anknüpfend gehe ich davon aus, dass die Ideologien in einem relationalen Verhältnis zu Identitäten der sozialen AkteurInnen und sozialen Strukturen stehen. Schon einflussreiche soziologische AutorInnen wie Touraine und Melucci vertraten die Idee, dass das Ideologiekonzept nicht unabhängig von der Identität der sozialen AkteurInnen zu denken ist. Touraine definierte die folgenden drei Dimensionen der Ideologie einer sozialen Bewegung: Identitätskonzept des Akteurs, Vorstellung von einem ideologischen Gegner und die Zwecke der jeweiligen sozialen Bewegung (Touraine, 1994, S.20). Melucci erweitert diese Definition, indem er postuliert, dass die Ideologie eine Reihe von Relationen zwischen diesen drei Elementen sei (Melucci, 1996, S.70). Die Relation zwischen den partikulären Zielen und Werten des einzelnen Akteurs und den allgemein akzeptierten Wertvorstellungen (Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Emanzipation) bestimmt das Konzept eines kollektiven Akteurs.

Laut Degele und Winker sind auch die hegemonialen Ideologien und Repräsentationen Artikulationsformen von Identitätskonstruktionen (Degelev & Winker, 2009, S.76). Darüber hinaus können kollektive Identitätskonstruktionen die Repräsentationen beeinflussen, indem sie „neuen sozialen Sinn konstruieren“ (Degele & Winker, 2009, S76). Die Vorstellung von Verwobenheit der Analyseebenen würde zudem erlauben, den Einfluss der Herrschaftsstrukturen auf die hegemonialen Diskurse sowie auf die einzelnen Mitglieder der subalternen Gruppen zu erfassen. Wie erwähnt, gehört die intersektionale Mehrebenenanalyse zu den Theorien der sozialen Praxen. Im Gegensatz zu den Ansätzen, die sich auf Subjekt-Objekt-Spaltung beziehen, wird menschliches Handeln von unbewussten Prädispositionen gesteuert (ein Beispiel dafür ist das Habituskonzept von Bourdieu). Degele und Winker vertreten die Position, dass unsere Alltagsaktivitäten von bestimmter Vorstellung bezüglich des Zusammenhangs der Klassen-, Geschlechter-, Rassen- und Körperverhältnisse beeinflusst werden. Die Herrschaftsverhältnisse (diese werden auf der Strukturebene erfasst) fungieren als „Praktiken der Unterscheidung“ (Wacquant, 2001, S.72), mit denen AkteurInnen zunächst sich selbst darstellen und ihre Identitäten konstruieren. Jene drücken sich in den symbolischen Repräsentationen aus, die zugleich zur Legitimierung der Herrschaftsverhältnisse dienen (Degele & Winker, 2009, S.76). Der Vergleich erfolgt im Hinblick auf die drei Dimensionen. Die erste Vergleichsdimension ist Inklusion. In dieser Arbeit wird keine allgemeine Definition des Inklusionsprozesses beansprucht, sondern eine Erklärung der Inklusionsprozesse in einer Gemeinschaft der Gegenöffentlichkeit. Im Gegensatz zu Fraser, die Inklusion in die *Subaltern Counterpublics* nur als eine Gegenreaktion auf die Exklusion aus der *Mainstreamöffentlichkeit* interpretiert hat, sehe ich die Selbstidentifizierung mit den diskriminierten Gruppen als einen wesentlichen Grund für die Teilnahme an den Protestbewegungen und die Mitgliedschaft in den Gemeinschaften der Gegenöffentlichkeitssphäre. Wie es manche AutorInnen darlegen, ist das Identitätskonzept entscheidend für die Teilnahme an den sozialen Bewegungen (Maher et al., 2020; Nelson & Liss, 2008). Die zweite Vergleichsdimension ist Gemeinschaft, die eine zentrale Bedeutung für die Beantwortung der Fragestellung der vorliegenden Dissertation hat. Die letzte Vergleichsdimension ist Citizenship, die einer Makroebene zu-